

# Protokoll der 109. ordentlichen Delegiertenversammlung

Mittwoch, 16. Mai 2007, 08.30 Uhr im Rathaus Bern, Rathaussaal

„A merry Christmas, uncle!“

Bah! said Scrooge, Humbug!  
What right have you,  
to be merry?  
What reason have you,  
to be merry?  
You're poor enough!

Come then, uncle!  
What right have you,  
to be dismail?  
What reason have you,  
to be morose?  
You're rich enough!

What's Christmas time to you  
but a time,  
for paying bills without money?  
A time,  
for finding yourself a year older,  
but not an hour richer?  
A time  
for balancing your books  
and having every item in 'em  
through a round dozen of months  
presented dead against you?

Uncle, though it has never put  
a scrap of gold or silver  
in my pocket,  
I believe that it *has* done me good,  
and *will* do me good.  
A merry Christmas, uncle!

CHARLES DICKENS  
A Christmas carol

**Vorsitz:** Präsident Jürg Boss

**Protokoll:** Sekretär Markus Schneiter

**Anwesend:** 68 Delegierte  
10 Mitglieder der Verwaltungskommission  
Kontrollstelle: BDO Visura, Herr Stutz Thomas  
Heil Luzius, Direktor der BLVK  
Kaufmann Christian, Vizedirektor der BLVK  
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BLVK

**Gäste:** Gatti Martin, Präsident LEBE  
Gsteiger Brigitte, Geschäftsführerin LEBE  
Hartmann Regula, Amtsvorsteherin ASVS  
Hofstetter Margot, Erziehungsdirektion, Bern

**Entschuldigungen:**

**Delegierte:**

Baour Francis, Vizepräsident DV, Wahlkreis Jura - bernois

**Gäste:**

Seiler Roland, Präsident BSPV, Bern

**Übersetzer:** Piller Sulpice, Konferenzdolmetscher, Bern

**Medien:** Berner Schule: Gerber Michael  
Berner Zeitung: Schäfer Fabian  
Der BUND: Wissmann Reto  
Langenthaler Tagblatt: Liechti Christian  
Schweiz. Depeschenagentur: Hr. Trachsel  
SEJB  
Freischaffend: Frau J. Andermatt

**Traktanden:**

- 1. Eröffnung**
- 2. Wahl der Stimmzählenden**
- 3. Protokoll der 108. o. Delegiertenversammlung vom 24. Mai 2006**
- 4. Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs der Delegiertenversammlung**  
(Ersatzwahl für den auf den 31. 7. 07 zurücktretenden Markus Schneiter)
- 5. FUTURA: Auskunft über den Stand der Projektarbeiten**
- 6. Die Verwaltungskommission berichtet**
  - 6.1 Tätigkeit der VK
  - 6.2 Auskunft über Anlagestrategien der BLVK unter dem Gesichtspunkt von Corporate Governance und (wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer) Nachhaltigkeit. Auskunft über Zusammenarbeit mit der Corporate Governance Agentur Schweiz (Antrag Max Baur)
  - 6.3 Freiwillige Weiterversicherung: Auskunft über die eingeleitete BLVKG - Änderung (Antrag Wahlkreis Seeland)
  - 6.4 Verantwortlichkeitsklage: Auskunft über allfällig neu aufgetretene Ereignisse
  - 6.5 Ausfinanzierung: Auskunft über bisherige Bemühungen und Ergebnisse
- 7. Bericht der Arbeitsgruppe zur Ausfinanzierung**
  - 7.1 Genehmigung des Berichts
  - 7.2 Antrag der Arbeitsgruppe und Diskussion
  - 7.3 Abstimmung
- 8. Anträge**
  - 8.1 Telefonnummern (Rolf Rüfenacht, Bern-Stadt)  
„Die VK BLVK liefert eine Liste von Telefonnummern, damit die verschiedenen Schulstufen mit den direkt Verantwortlichen der Kasse rasch verbunden werden“
- 9. Geschäftsberichte und Jahresrechnungen 2003 und 2004**  
Genehmigung
- 10. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2006**  
Bericht der Kontrollstelle und des anerkannten Experten für berufliche Vorsorge  
Kenntnisnahme
- 11. Verschiedenes, Orientierungen**

## Verhandlungen

### 1. Eröffnung

**Präsident Jürg Boss** begrüsst alle Anwesenden und eröffnet die 109. Delegiertenversammlung (DV) der BLVK. Er stellt fest, dass die Mehrheit der 73 Delegierten anwesend ist, die DV ist also beschlussfähig.

Die Delegierten stimmen folgender Ergänzung, bzw. Abänderung der Traktandenliste zu:

Traktandum 5	wird vorgezogen und nach Traktandum 3 abgewickelt
Traktandum 6	zusätzlich: Beantwortung der 7 Fragen des Wahlkreises Bern - Süd
Traktandum 7.4	Zusatzantrag Wahlkreis Seeland zur Ausfinanzierung
Traktandum 8.2	Antrag Wahlkreis Jura - bernois zur Wiederausrichtung der Teuerungszulagen bei den Renten
Traktandum 8.3	Antrag Wahlkreis Seeland zur ersatzlosen Streichung Art. 8, Abs. 3 des Vorsorgereglementes

Der **Erziehungsdirektor, Regierungsrat Bernhard Pulver** richtet sich während der Versammlung mit einer Rede an die Delegierten: Er hat die Einladung gerne angenommen. Die BLVK liegt ihm am Herzen, er war Präsident der Kommission BLVK - Gesetz sowie Präsident der PUK. Die Anliegen und Probleme der BLVK haben im Regierungsrat (RR) ein grosses Gewicht. Die DV ist ein wichtiges Gremium, dessen Engagement besondere Anerkennung verdient. Das heute gute Vertrauen und Einvernehmen zwischen BLVK und RR soll fortgesetzt werden.

**Ausfinanzierung:** Die Delegierten haben einen Bericht der Arbeitsgruppe erhalten. Im Jahr 1999 wurde ein Totalbetrag für BPK und BLVK festgelegt. Die PUK hat festgestellt, dass dieser Ausfinanzierungsbetrag plausibel ist. Die PUK kritisierte aber, dass die Aufteilung dieses Betrages zwischen BPK und BLVK verhandelt wurde. Sie war der Auffassung, dass die Aufteilung auf Grund der versicherungstechnischen Finanzen von Experten hätte festgelegt werden müssen. Ein wesentliches Element der BLVK, die Langlebigkeitsreserve, wurde nicht berücksichtigt. Regierungsrat Pulver versteht, dass die Delegierten der BLVK der Meinung sind, die Aufteilung sei ungerecht gewesen. Es ist aber zu beachten, dass damals beide Kassen einverstanden waren und der RR sowie auch der Grosse Rat (GR) einstimmig zugestimmt hatten. Nach dem heutigen Beschluss der DV wird der RR im ordentlichen Ablauf darauf reagieren, analysieren und mögliche Handlungsoptionen beurteilen. Regierungsrat Pulver gibt den Delegierten zu bedenken, ob ein politisches Aufrollen der Ausfinanzierung chancenreich sei und ob die Energie nicht auch für ein lohnenderes Projekt eingesetzt werden könnte.

**FUTURA:** Die BLVK hat Erfahrungen mit den Nachteilen eines Leistungsprimats. Bei Pensionänderungen gibt es Probleme (Einkaufssummen). Bei einer Sanierung werden auch im Leistungsprimat doch wieder die Versicherten zur Kasse gebeten. Regierungsrat Pulver bittet die Delegierten zu prüfen, ob es nicht vielleicht doch bessere Beitragsprimatlösungen gäbe. Er selber hat sich in dieser Frage noch nicht festgelegt und ist interessiert, die Überlegungen der Arbeitnehmerseite zu erfahren.

**PUK:** Die PUK hat sich sehr Mühe gegeben, die einzelnen Akteure objektiv zu beurteilen. Im Zentrum stand stets die Frage, was von den einzelnen Organen verlangt werden kann. Die PUK wollte keinesfalls die DV der BLVK als Hauptschuldige darstellen. Die DV war in der Problematik der Anlagen nicht der Hauptakteur. Die PUK hat nur jedes Organ kritisch angeschaut. Die PUK hat objektiv und nicht politisch beurteilt.



Kassen statt. Im Herbst / Winter 2006 wurden, gestützt auf die Ergebnisse der Grundlagenarbeit, vier Modelle entwickelt. Im Winter 2006 wurden die vier Modelle dem RR vorgestellt. Im Januar/Februar 2007 fand die Arbeit an einem ersten Berichtsentwurf für Regierung und Parlament statt, welcher von Februar bis April 2007 in mehreren Aussprachen diskutiert wurde. Im April 2007 wurde ein verwaltungsinternes Mitberichtsverfahren gestartet, die Unterlagen dazu wurden den Direktionen und den Spitzen der Berufsverbände zu- gestellt. Für die Vertreter der Kassen entstand dabei ein Informationsrückstand, begründet durch diesen Verwaltungsablauf. Dieses Mitberichtsverfahren läuft gegenwärtig. In dieser Phase sollen die Unterlagen mit allen Beteiligten und interessierten Kreisen ausführlich diskutiert und erörtert werden. Verwaltungskommission (VK), Direktion und Delegierte erhalten ebenfalls die Möglichkeit, sich schriftlich bis Mitte/Ende August 2007 zu Unterlagen und Projekt zu äussern.

Im Herbst 2007 werden die Reaktionen verarbeitet und in den Entwurf einer neuen Vorlage einfließen. Es ist vorgesehen, dass der RR im Oktober/November 2007 diese Vorlage zuhanden des Parlamentes verabschiedet. Im Januar bzw. März 2008 wird das Parlament zu dieser Vorlage Stellung nehmen.

**Präsident Jürg Boss** dankt für die Informationen und gibt bekannt, dass die zweite Orientierungsveranstaltung für die BLVK am Mittwoch, 20. Juni 2007 im Rathaussaal stattfinden wird. Vorgängig sollen die schriftlichen Unterlagen zum Studium zugestellt werden. Das Büro der DV wird sicherlich eine schriftliche Stellungnahme ausarbeiten. Er verlangt, dass der Abgabetermin auf Ende August 2007 festgelegt wird.

## **5. Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs der Delegiertenversammlung** (Ersatzwahl für den auf den 31. 7. 07 zurücktretenden Markus Schneiter)

An der 97. DV im Jahr 1997 wurde Markus Schneiter zum Sekretär der DV - BLVK gewählt. **Präsident Jürg Boss** hält fest, dass sich seine Protokolle durch Korrektheit und treffende Wiedergabe der Verhandlungen auszeichnen. Er bedauert den Rücktritt, dankt im Namen der DV für die geleistete Arbeit und überreicht dem scheidenden Sekretär einen Büchergutschein.

Als Nachfolger schlägt der Wahlkreis Bern-Stadt Adrian Fischer, Lehrer an der Schule Bethlehemacker vor. Der Lebenslauf liegt den Delegierten in schriftlicher Form vor. Adrian Fischer ist nicht Delegierter (keine Wahlvoraussetzung für das Amt des Sekretärs). Aus der Versammlung werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

**Adrian Fischer wird mit herzlichem Applaus ins Amt eingesetzt.**

**Präsident Jürg Boss** gratuliert zur Wahl, wünscht Adrian Fischer viel Befriedigung in seinem Amt und freut sich auf gute Zusammenarbeit.

## **6. Die Verwaltungskommission berichtet**

### **6.1 Tätigkeit der VK**

**VK - Präsident Hans Rudolf Blatti** kann von einem sehr erfreulichen Jahr 2006 im finanziellen Bereich berichten. Der Deckungsgrad stieg auf knapp 90%. Doch die VK hatte

auch einige schwierige Situationen zu meistern, personelle Veränderungen sowie die nach wie vor prekäre Situation bei der Verarbeitung der Dossiers.

Die oberste Pflicht der VK ist es, die BLVK so zu führen, dass es der Kasse gut geht. Die VK als paritätisch zusammengesetztes Organ hat die Interessen des Arbeitgebers ebenso zu berücksichtigen wie die Anliegen der Versicherten.

Der neue **Direktor Luzius Heil** hat aus dem Kreis der Versicherten die Erwartungshaltung verspürt, dass er zu deren Vorsorgegelder „Sorge tragen“ solle. Die Meinungen über den richtigen Lösungsweg können unter den Beteiligten auseinander gehen. Er versichert den Delegierten, dass er deren Sorgen respektiere und seit seinem Amtsantritt vor 75 Tagen noch keinen Tag bereute, diese interessante, anspruchsvolle Aufgabe übernommen zu haben. Er wusste, was er zu erwarten hatte, war aber auch entsprechend darauf vorbereitet. Er hat mitgeholfen, die neue Pensionskasse des Bundes (PUBLICA) aus der Taufe zu heben, später dann bei der Gemeinschaftsstiftung für berufliche Vorsorge im schweizerischen Gewerbe die Umsetzung der ersten BVG-Revision betreut und anschliessend bei der Pensionskasse der Swisscom den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat begleitet.

Direktor Heil freut sich, an dieser DV erste Kontakte mit den Vertretern der Versicherten zu knüpfen und wünscht, diese Kontakte auszuweiten. Die BLVK hat grosse und anforderungsreiche Aufgaben zu bewältigen. Die Situation ist erkannt und es soll alles darangesetzt werden, die Probleme so rasch als möglich zu lösen. So sollen die angestauten Pendenzen (700 Dossiers und 8000 Mutationen) bis Ende Jahr 2007 abgebaut und für alle Versicherten dann nach langer Zeit wieder einmal ein Vorsorgeausweis erstellt werden. Ein wichtiges Ziel der Direktion ist es, das Vertrauen der BLVK nach aussen und innen zu festigen.

Der Direktor hat an seinem ersten Arbeitstag motivierte Mitarbeitende angetroffen, mit denen es eine Freude ist zusammenzuarbeiten. Die positive Grundhaltung hat sich noch verstärkt, indem den Mitarbeitenden auch Perspektiven aufgezeigt werden konnten wie beispielsweise die Einführung eines neuen, die Arbeit extrem erleichternden Destinatärverwaltungssystems. Ziel des neuen Direktors ist es, bis ins Jahr 2009 die kundenfreundlichste Pensionskasse auf dem Platz Bern zu haben.

**Vizedirektor Christian Kaufmann** kommt ursprünglich von der Volksbank und ist via Credit suisse (Leitung von grossen Informatikprojekten) bei der Winterthur (grosses Portefeuille von Pensionskassen unterschiedlicher Ausrichtung) gelandet. Im Jahr 2003 hat er zu der Pensionskasse der Post gewechselt, wo er letztes Jahr massgeblich daran beteiligt war, ein neues Informatiksystem einzuführen. Die Pensionskasse der Post führt aktuell einen Primatwechsel durch, und Christian Kaufmann hat erkannt, dass der Schlüssel zum Erfolg nur über eine erfolgreiche Kommunikation führen kann.

Er hat bei der BLVK im Informatikbereich ein „riesiges Potential“ von Verbesserungsmöglichkeiten ausgemacht. Eine ganze Systemlandschaft ist historisch über viele Jahre hinweg gewachsen. Die Rückstände sind unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass die Mitarbeiter nicht optimal arbeiten können. Welche Verbesserungen sollen nun bei der BLVK angestrebt werden: die Kundenorientierung soll verbessert werden, die BLVK soll kundenfreundlicher sein. Eine auskunftsfreundliche BLVK muss sich in der Informatik aufrüsten.

Die überstürzte Einführung der neuen Grundlagen im Jahr 2005 haben laut **VK - Vizepräsident Markus Dübendorfer** zu recht grossen Mängeln im Vorsorgereglement geführt. Die BLVK ist noch heute mit den entsprechenden Korrekturarbeiten beschäftigt.

Der grösste Fehler ist im Artikel 5 (Mutationen bei Beschäftigungsgradänderungen, WEF - Vorbezüge, Scheidungen) aufgetreten. Austritt und Wiedereintritt, kombiniert mit unterschiedlichen Tarifen führte zu inakzeptablen Erscheinungen. Für die Beschäftigungsgradänderungen wurde in der Zwischenzeit eine Formel gefunden, die sich sehr gut bewährt. Bei Scheidungen und WEF - Vorbezügen wurde ein Vorbezugskonto eingeführt, das einfach zu handhaben ist. In den Jahren 2005 und 2006 waren fast 2000 Fälle nach dem alten, falschen Verfahren abgewickelt worden, diese Fälle mussten und müssen zurückkorrigiert werden. Heute sind noch rund 300 Fälle offen. Diese Zusatzarbeit führte zu grossen Rückständen in der „normalen“ täglichen Verarbeitung. Das Personal wird dadurch extrem belastet. Die Rückstände sollen bis Ende 2007 aufgeholt sein.

Zum Artikel 38 des Vorsorgereglements: Es wurde eine neue Berechnungsmethode für den Mindestbetrag eingeführt. Es geht um die Bestimmung der Freizügigkeitsleistungen, wenn jemand aus der Kasse austritt. Die ab 2007 bezahlten Risikobeiträge für Tod und Invalidität werden bei der Berechnung des Mindestbetrags nicht mehr berücksichtigt. Dafür werden die Altersbeiträge verzinst. Es ist logisch, dass jemandem, der austritt nicht rückwirkend Risikobeiträge mitgegeben werden.

Die Aufsichtsbehörden haben der BLVK die Auflage gemacht, dass bis zum 1. Januar 2008 das Drehtürprinzip eingeführt werden muss. Das Vorsorgereglement der BLVK kennt im Moment für Einkäufe und den Barwert noch unterschiedliche Tabellen. Das BVG erlaubt dies nicht, und darum müssen nun diese zwei Tabellen einander angepasst werden. Die neuen Tarife wurden vom Experten festgelegt. Die Auswirkungen bei der Einführung des Drehtürprinzips werden nicht gravierend sein. Einkäufe werden für die jüngeren Versicherten etwas günstiger, für die älteren etwas teurer. Die Auswirkungen auf den Deckungsgrad halten sich im Rahmen. Das Vorsorgevermögen per Ende 2006 wurde bereits mit den neuen Tarifen berechnet, was den Deckungsgrad unter 90% gedrückt hat.

Es wird im Laufe dieses Jahres und im nächsten Jahr noch weitere Anpassungen des Vorsorgereglements geben und auch ein neues Teilliquidationsreglement muss noch erstellt werden. Es bleibt also noch viel zu tun. Im Internet sollen alle diese Änderungen aufgeschaltet werden.

## **6.2 Auskunft über Anlagestrategien der BLVK unter dem Gesichtspunkt von Corporate Governance und (wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer) Nachhaltigkeit. Auskunft über Zusammenarbeit mit der Corporate Governance Agentur Schweiz (Antrag Max Baur)**

**Dr. Michael Madjar**, CEO der Corporate Governance Agency Schweiz, mit der die BLVK seit einem Jahr zusammenarbeitet, gibt Auskunft über die Art und Weise, wie seine Firma arbeitet. Bei Corporate Governance geht es um Regelungen und Kontrollen einerseits im innerbetrieblichen Dreieck (Verwaltungsrat, Geschäftsleitung, Revisionsstelle) und andererseits im äusseren Dreieck der Interessengruppen (Shareholder, Stakeholder), in welchem die Nachhaltigkeit sowie soziale und ökologische Aspekte diskutiert werden. In den Jahren 2006 und 2007 wurde je mit sieben Firmen des SMI Kontakt gepflegt. Es ging dabei hauptsächlich um Kontrollwechselklauseln und auch um das Thema Nennwertrückzahlungen.

Im Jahr 2007 haben alle SMI-Firmen bis auf Richemont ihre Generalversammlungen bereits abgehalten. Die CGAS hat eine Stimmenthaltung bei der Zürich-Versicherung (neue Abgangsentschädigungen) ausgeübt. Bei der Serono wurden einzelne neue Verwaltungs-



räte zur Ablehnung empfohlen, weil von der Firma keine Angaben zu diesen Verwaltungsräten gemacht wurden. Fünf Mal wurden Wiederwahlen abgelehnt (davon ging es vier Mal um Vorsitzende des Entschädigungskomitees), weil neue oder höhere Abgangsentschädigungen gewährt wurden (Adecco, Novartis), weil gar keine Angaben zu den Kontrollklauselwechsellern vorhanden waren (Baloise) und wegen eines Aktienoptionsprogramms (Credit suisse). Die fünfte Ablehnung betraf einen Verwaltungsrat, der im Jahr 2006 nur an rund 50% der Sitzungen teilnahm. In einem Fall hat die CGAS eine Aktienkapitalerhöhung abgelehnt (SGS).

Das Mitarbeiteroptionsprogramm soll in einem sinnvollen Rahmen stattfinden. Die CGAS hat Regelungen in Bezug auf Grenzwert für die Ausgabe, Laufzeit, Ausübungspreis und Hebelwirkung festgelegt. Die CGAS lehnt neue und höhere Abgangsentschädigungen ab und macht jeweils den Vorsitzenden des Entschädigungsausschusses dafür verantwortlich.

Wesentliche Anforderungen der CGAS an SMI-Firmen sind: keine Kontrollwechselklauseln, keine Abgangsentschädigungen, keine Doppelmandate, Transparenz bei der Vergütung der Geschäftsleitung, Erhöhung der Transparenz bei den Verwaltungsräten, sowie das Ausweisen der Unabhängigkeit von Verwaltungsräten. Aktionäre sollen in den Vergütungsprozess einbezogen werden (Konsultativabstimmung). Der Vorsitzende des Entschädigungskomitees soll sich jährlich zur Wiederwahl stellen müssen. Es darf keine Stimmrechtsbeschränkungen geben, die Wahldauer für Verwaltungsräte soll maximal drei Jahre betragen und Verschlechterungen der Traktandierungsschwelle werden nicht akzeptiert. Elektronische Abstimmungsprotokolle sollen die Transparenz erhöhen, da beim Abstimmen per Hand nicht ersichtlich ist, wie viele Stimmen die einzelnen Aktionäre in den Händen haben. Im Bereich Nachhaltigkeit wird in Bezug auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoss mindestens die Selbstbeurteilung der Firma verlangt. Weitere Anforderungen werden im Kontakt mit dem WWF erarbeitet.

**Die Fragesteller Hermann Büchler und Max Baur sind von der Auskunft befriedigt. Es wird eine jährliche Berichterstattung gewünscht. VK - Präsident Hans Rudolf Blatti ist damit einverstanden, dass der Bericht der CGAS an die VK jeweils an die Delegierten verteilt wird.**

**Anlagechef Theodor Tillmann** erläutert Anlagestrategie und Jahresergebnis der BLVK: Ziel der Überarbeitung der Anlagestrategie war es, sich mit den Aktiven und Passiven den neuen Rahmenbedingungen (neues BLVK - Gesetz und Anlagereglement) anzupassen. Es wurden auch Verbesserungen in der Diversifikation vorgenommen, um das mögliche Renditepotential an den Kapitalmärkten besser zu nutzen.

Verschiedene Einflussfaktoren bestimmen die Risikofähigkeit der BLVK, welche in ihrer heutigen Situation auf eine gewisse Anlagesicherheit angewiesen ist. Als negative Punkte seien unter anderen das Nichtvorhandensein von Wertschwankungsreserven genannt, auch darf die Staatsgarantie nicht dazu benutzt werden, höhere Anlagerisiken einzugehen. Günstig wirkt sich der positive Cash - flow aus, mit den Beiträgen der Aktiven können die Renten bezahlt werden. Das ausgewogene Durchschnittsalter der Versicherten von ca. 46 Jahren wirkt sich ebenfalls positiv aus.

Mit Hilfe externer Unterstützung wurden Ertrags- und Risikoerwartungen definiert. Aus der darauf folgenden Studie resultierten verschiedene Portfolios. Die VK hat daraufhin eine Strategie ausgewählt, mit welcher kleinere Anpassungen vorgenommen werden konnten, aber nicht sehr vieles geändert werden musste. So wurde beispielsweise die gesamte Ak-

tienquote Welt um ein Prozent auf 14% reduziert. Neu wurden alle Währungen mit 75% gesichert, die EURO - Absicherung aber wird in diesem Jahr schrittweise aufgehoben.

51,5% des Vermögens werden zur Zeit aktiv und 48,5% passiv verwaltet. Intern werden 46,5% (inkl. Immobilien und Hypotheken) und extern 53,5% verwaltet. Ein guter Schnitt ist mit 59% Nominal- und 41% Sachwerten erreicht. Intern werden 8 Mandate verwaltet, extern 12 Mandate.

Im 2006 konnte die BLVK ein gutes Resultat erwirtschaften und dementsprechend den Deckungsgrad steigern. Die Entwicklung der Aktienmärkte war bis Mitte Mai 2006 sehr erfreulich, anschliessend gab es eine Korrekturphase (Inflationsängste, Iran, Öl). Aber schon im dritten Quartal ging es wiederum aufwärts und die Märkte erholten sich. Die Entwicklung der Zinsen war für die BLVK eher schlecht, sie sind in allen Hauptwährungen leicht angestiegen und die Notenbanken erhöhten die Leitzinsen, was zu flachen Zinskurven führte. Die Währungsabsicherung war letztes Jahr leicht negativ.

Der „dritte Beitragszahler“ hat im letzten Jahr seine Aufgabe erfüllt. Das Ergebnis der BLVK von 6,94% (Vergleich Benchmark: 6,29%) ist erfreulich. Das Geld wurde vor allem in drei Bereichen verdient: die Aktien Schweiz tragen zum Gesamtergebnis 2,3% bei, die Aktien Welt 1,84% und die Immobilien 1,78%. Die erwirtschaftete Rendite kommt zur Zeit alleine von den Sachwerten her, die Nominalwerte helfen nur sehr wenig, weil die Zinsen zu tief sind.

Zusammenfassend gilt es zu sagen, dass die Entwicklung der BLVK in den drei letzten Jahren klar stabiler geworden ist. Es wurde vermehrt auf passive oder indexnahe Anlagen gesetzt, welche keine zusätzlichen Risiken beinhalten.

### **6.3 Freiwillige Weiterversicherung: Auskunft über die eingeleitete BLVKG - Änderung (Antrag Wahlkreis Seeland)**

**VK - Präsident Hans Rudolf Blatti** erläutert: Das BLVK - Gesetz regelt die Weiterversicherungsmöglichkeiten in den Artikeln 4 bis 6. Die heutige Toleranzregel (wenn der Beschäftigungsgrad nicht mehr als 12,5% sinkt oder steigt), ist allerdings auf ein Jahr befristet. Die VK hat dem RR eine weitere Verlängerung um ein Jahr beantragt. Damit sind aber dann die maximal zulässigen drei Jahre erreicht. Eine weitere Verlängerung wird nicht mehr möglich sein.

Angeboten wird auch eine Weiterversicherung auf dem bisherigen Verdienst bei Urlaub oder Teilurlaub. Neu wird das Mitglied wählen können, ob es nur den Risiko- oder auch den Altersvorsorgeteil weiterversichern will. Es gibt keine Befristung. Die Beiträge werden ganz vom Arbeitnehmer übernommen.

Eine Weiterversicherung beim Wegfall eines Teils des versicherten Verdienstes oder bei Auflösung des Dienstverhältnisses wird gegenwärtig nicht mehr angeboten. Die VK möchte eine möglichst einfache Weiterversicherungsregelung in das Vorsorgereglement aufnehmen. Erste Kontakte haben verschiedene Fragen aufgeworfen (gesetzliche Grundlage, Steuerfragen, zeitliche Befristung, BLVK - Gesetz und BVG, aufsichtsrechtliche Fragen), welche noch eingehender geklärt werden müssen. Die VK möchte in Zusammenhang mit dem Drehtürprinzip gleichzeitig eine Weiterversicherungsmöglichkeit anbieten. Der Wille anzubieten, was von den Aufsichtsbehörden her erlaubt ist, ist in der VK ganz klar vorhanden.

**Die Vertreter des Antrags aus dem Wahlkreis Seeland melden sich nicht zu Wort, erklären sich somit mit den Ausführungen der VK einverstanden.**

#### **6.4 Verantwortlichkeitsklage: Auskunft über allfällig neu aufgetretene Ereignisse**

**VK - Präsident Hans Rudolf Blatti** weist auf den Entscheid des Bundesverwaltungsgerichtes hin, dass die VK keine Verantwortlichkeitsklagen führen muss. Das ASVS als Klägerin verzichtet auf einen Weiterzug und damit ist der Entscheid des BVG endgültig und rechtskräftig. Die VK hat an der Sitzung vom 26. April 2007 einstimmig beschlossen, dass für sie das Thema Verantwortlichkeitsklagen erledigt ist.

Aus der Delegiertenversammlung gibt es keine Wortmeldungen.

**DV - Präsident Jürg Boss** weist darauf hin, dass die Forderung nach Verantwortlichkeitsklagen seitens der DV immer noch besteht. Diese Frage wird aufgrund der neuen Situation im Büro der DV beraten. An der nächsten DV wird über den eventuellen Rückzug des Geschäftes entschieden.

#### **6.5 Ausfinanzierung: Auskunft über bisherige Bemühungen und Ergebnisse**

**VK - Präsident Hans Rudolf Blatti** gibt bekannt, dass sich die heutige VK einig ist, dass die Ausfinanzierung ungenügend war. Verschiedene Delegierte haben das an der letzten DV erwähnte Schreiben an der Regierungsrat als zu wenig Erfolg versprechend erachtet. Das Präsidium der VK kam aber zum Schluss, dass es nur den Weg über den RR geben kann. Die im letzten Jahr neu gewählte VK hat deshalb den RR aufgefordert, mit der VK über Korrekturmöglichkeiten der ungenügenden Ausfinanzierung zu verhandeln. Die Antwort des RR steht noch aus.

**Barbara Keller, Wahlkreis Bern - Nord** erinnert an die Forderung der letzten DV: dem RR soll nicht nur mitgeteilt, er muss aufgefordert werden, die Ausfinanzierung unverzüglich zu korrigieren. Die Delegierten wollten an der heutigen DV hören, welche Ergebnisse die Forderungen an den RR substantiell gebracht haben. Bei allem Verständnis für ein behutsames Vorgehen fällt das Resultat der Bemühungen der VK zu knapp aus. Entschlossenheit und Zielstrebigkeit werden vermisst. Die Forderung der Delegierten steht seit drei Jahren im Raum, und noch immer ist kein Fortschritt erkennbar. Den aktiven Versicherten wird jeder Teuerungsausgleich durch die saftigen Sanierungsbeiträge weggefressen und die Renten verlieren stets an Kaufkraft. Da macht sich einmal mehr Enttäuschung breit.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen seitens der Delegierten.

### **7. Bericht der Arbeitsgruppe zur Ausfinanzierung**

Das Büro der DV wurde an der letzten DV beauftragt, eine Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung des BLVK - Debakels aus der Sicht der Versicherten einzusetzen. Der Bericht dieser Arbeitsgruppe liegt vor.

**Hans Bangerter, Wahlkreis Seeland** stellt fest, dass aus dem Mandat der letzten DV eine Dokumentation über die unkorrekte und unsere Kasse benachteiligende Ausfinanzierung entstanden ist. Die eingesetzte Arbeitsgruppe beschloss, ihre Kräfte zunächst auf die Ausfinanzierung zu fokussieren. In fünf gemeinsamen Sitzungen und viel Einzelarbeit der Mitglieder gelang es, die Vorgänge transparent aufzuarbeiten und die dafür verantwortlichen Personen zu benennen. Die Geschichte der Ausfinanzierung ist wohl das traurigste Kapitel innerhalb des gesamten Debakels der Kasse. Die bernische Lehrerschaft schleppt nun über mehr als 20 Jahre diesen Klotz am Bein ihrer beruflichen Vorsorge mit. Bei der Ausfinanzierung wurden Vorgänge sichtbar, die mit „Dummheit ist nicht strafbar“, bei weitem nicht entschuldigt werden können. Schriftstücke auf der Finanzdirektion waren nicht mehr auffindbar, Verhandlungsergebnisse wurden nicht oder verfälscht weitergegeben, Sitzungsprotokolle wurden nicht erstellt, Bilanzen mussten auf Weisung der kantonalen Verwaltung manipuliert werden, Expertenberichte wurden abgelenkt und kritische Fragen wurden ignoriert. Diese Vorkommnisse hätten der damaligen VK bei pflichtbewusster Geschäftsführung unbedingt auffallen müssen.

Heute kann aufgedeckt, beim Namen genannt und beurteilt werden. Es sind Handlungsabläufe sichtbar geworden, welche auf ihre rechtliche Beurteilung hin überprüft werden könnten. Die Dokumentation beginnt mit der Rolle der DV, welche ihre Aufgabe gemäss PUK - Bericht nicht bzw. ungenügend wahrgenommen hat. Es kann jedoch nur dann kontrolliert werden, wenn zuvor objektiv und umfassend orientiert wird. Die Delegierten wurden weder befragt oder orientiert, noch wurden sie einbezogen in Entscheidungsprozesse. Der DV kann keine Mitverantwortung angehängt werden. Die Delegierten wurden im gesamten Bereich des Debakels bewusst nicht mit einbezogen, sondern im Ungewissen gelassen und vor vollendete Tatsachen gestellt, samt Beschönigungen, Verharmlosungen und Lügen. Als Delegierte korrigierend einzugreifen war ein Ding der Unmöglichkeit. Der PUK - Bericht geht ganz klar zu wenig auf die beschränkten Möglichkeiten der Versicherten ein.

Das zweite Kapitel stellt in einer Chronologie die Ereignisse der Falschausfinanzierung zusammen. Die Recherchen der Arbeitsgruppe machen angesichts der aufgedeckten Tatsachen fassungslos.

Der folgende Abschnitt ist eine Analyse der Motion Gerber samt ihren gravierenden Auswirkungen. Die Mehrfachinteressenvertretung des Motionärs verlief zu Ungunsten derer, die ihn als Mitglied der VK gewählt hatten. Die Tatsache, dass sich die AG - Vertretung der VK mehrheitlich aus Vertretern der Staatsverwaltung rekrutierte, wirkte sich zusätzlich verheerend aus.

Abschliessend wurden eine Reihe von Fragen an all jene formuliert, welche in die Ausfinanzierung verwickelt waren. Dazu findet sich eine Liste der Personen, welche wegen ihrer mehrfachen Interessenvertretungen in Entscheidungskonflikte gerieten.

Der PUK - Bericht ist öffentlich zugänglich und der heutigen VK bekannt. Aus Sicht der Arbeitsgruppe hätten die sich daraus ergebenden Konsequenzen längst gezogen werden müssen. Die Delegierten erwarten nun intensive Bemühungen der VK, die Ausfinanzierung zu korrigieren.

Der „Ausfinanzierungspfusch“ hat eine fatale Langzeitwirkung zur Folge: jüngere Lehrkräfte werden unverschuldet massiv zur Kasse gebeten, die Attraktivität des bernischen Schuldienstes ist nachhaltig zerstört und auch die Pensionierten haben zu leiden, weil die Teuerung jahrzehntelang nicht ausgeglichen wird. Die gemachten Fehler müssen nun schnellstmöglich auskorrigiert werden, die der BLVK vorenthaltene Summe ist inklusive Zinsen inzwischen auf fast eine halbe Milliarde aufgelaufen.

## 7.1 Genehmigung des Berichts

Das Büro der DV stellt den Antrag, die Kapitel 1 und 2 des Berichtes zu genehmigen.

**Die Delegierten stimmen Kapitel 1 und 2 des Berichtes der Arbeitsgruppe mit 65 ja bei 0 Gegenstimmen zu.**

**DV - Präsident Jürg Boss** stellt fest, dass die deutliche Zustimmung der Delegierten diesem Bericht auch die nötige Geltung und Wirkung verschaffen sollte.

## 7.2 Antrag der Arbeitsgruppe und Diskussion

**Hans Bangerter, Wahlkreis Seeland** erklärt, dass der vorliegende Forderungskatalog in Kapitel 3 des Berichtes der Arbeitsgruppe aus den Resultaten der vorherigen Kapitel entstanden ist. Die Forderungen sprechen für sich selbst. Der Deckungsgrad der BLVK wäre heute bei korrekter Ausfinanzierung um vieles besser.

Mit den fünf formulierten Forderungen kann man der Komplexität der damaligen Entscheidung und Handlungen nicht voll gerecht werden. Sie sollen aber die nötigen Aspekte einer Korrektur initiieren.

**Siegfried Merz, Wahlkreis Bern - Stadt** hat als Pensionierter erkannt, dass ihm der Staat einen Teil seines verdienten Salärs heute schuldig ist. Er fragt an, ob bekannt sei, was der Staat bis zur Ausfinanzierung an Arbeitgeberbeiträgen total schuldig war. Mindestens die Schuldzinsen der Restschuld hat die BLVK zu fordern. Es handelt sich dabei um Verdienstguthaben der älteren Lehrkräfte.

**Christine Haldimann, Wahlkreis Oberaargau** hat zur Kenntnis nehmen müssen, dass es offensichtlich nicht möglich ist, das Geld über Verantwortlichkeitsklagen zurückzuholen. Das der BLVK zustehende Geld des Kantons soll nun aber zurückgefordert werden. Der Wahlkreis Oberaargau unterstützt diese Anträge. Es ist wichtig, dass genau untersucht wird und juristische Konsequenzen gezogen werden.

**VK - Präsident Hans Rudolf Blatti** erklärt auf Nachfrage, dass es der VK nicht ansteht, sich zu diesem Geschäft der DV zu äussern.

## 7.3 Abstimmung

**Die Delegierten stimmen dem Antrag der Arbeitsgruppe (Kapitel 3) mit 65 ja bei 0 Gegenstimmen zu.**

## 7.4 Zusatzantrag Wahlkreis Seeland zur Ausfinanzierung

Der Wahlkreis Seeland stellt sich hinter die Anträge der Arbeitsgruppe und fordert zusätzlich, dass, falls die VK die notwendigen Schritte zur Umsetzung des Antrags der Arbeitsgruppe nicht umgehend einleitet, das Büro der DV ermächtigt wird, die erforderlichen

Schritte bei ASVS und RR zu unternehmen, um eine entsprechende Untersuchung auszulösen.

**Die Delegierten stimmen dem Zusatzantrag des Wahlkreises Seeland mit 58 ja bei 5 Gegenstimmen zu.**

**DV - Präsident Jürg Boss** dankt den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für ihre umfangreiche Arbeit. Das Büro der DV und die Arbeitsgruppe sind zur Auffassung gelangt, dass durch den Bericht der wesentlichste Aspekt des BLVK - Debakels aufgearbeitet wurde und der Auftrag der DV somit erfüllt ist. Die Arbeitsgruppe wird durch das Büro - DV aufgelöst.

Im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung hat der Wahlkreis Bern - Süd einige Fragen schriftlich an die VK gerichtet.

**Manfred Kipfer, Präsident Wahlkreis Bern - Süd** erklärt, dass die Fragen inzwischen beantwortet worden sind. Er bittet alle Delegierten, die offenen Fragen zur Ausfinanzierung in die Wahlkreise hinauszutragen und Rückmeldungen ans Büro - DV weiterzuleiten, damit die VK die Interessen der Lehrerschaft in Zukunft pointiert vertritt, auch gegenüber politisch übergeordneten Kräften.

## **8. Anträge**

### **8.1 Telefonnummern (Rolf Rüfenacht, Bern - Stadt)**

**„Die VK BLVK liefert eine Liste von Telefonnummern, damit die verschiedenen Schulstufen mit den direkt Verantwortlichen der Kasse rasch verbunden werden“**

Die VK hat erkannt, dass die Kundenbetreuung der BLVK noch sehr verbesserungsfähig ist. Die neue Direktion hat den Auftrag erhalten, bis Ende Jahr der VK ein Beratungskonzept vorzulegen. Damit ist der Antrag Rüfenacht nicht nur erfüllt, sondern es wird weit darüber hinausgegangen.

**Der Antragsteller Rolf Rüfenacht, Wahlkreis Bern - Stadt ist bereit, seinen Antrag zu Gunsten der verbesserten Lösung abzuschreiben.**

### **8.2 Antrag Wahlkreis Jura - bernois zur Wiederausrichtung der Teuerungszulagen bei den Renten**

Der Antrag liegt den Delegierten schriftlich vor. Es handelt sich um ein nicht traktandiertes Geschäft, darum muss gemäss Art. 9, Abs. 2 des Organisationsreglementes DV vorerst Eintreten (2/3 Mehrheit) beschlossen werden:

**Die Delegierten stimmen mit 46 ja gegen 13 nein dem Eintreten zu.**

**Thierry Porée, Wahlkreis Jura - bernois** erklärt, dass dieser Antrag an der Wahlkreisversammlung Jura - bernois zu Gunsten der Pensionierten beschlossen wurde. Seit mehreren Jahren wird den Pensionierten keine Teuerung mehr ausgerichtet. Er fragt die VK

an, wie sie der fehlenden Teuerung auf den Renten in einer Zeit relativ stark spürbarer Inflation entgegenzutreten gedenke.

**Beat Müller, Wahlkreis Bern - Stadt** findet den Antrag etwas seltsam. Die Kasse steckt in einer massiven Unterdeckung, und jetzt sollen, durch eine unschöne Solidarität, die aktiven Versicherten weiterhin Sanierungsbeiträge bezahlen, während die Pensionierten einen Teuerungsausgleich erhalten. Alle Kassenmitglieder sollten gleich behandelt werden: wenn die Pensionierten einen Teuerungsausgleich erhalten, muss auch der Sanierungsbeitrag der Aktiven reduziert bzw. in gleichem Masse wegfallen.

**Urs Baumann, Wahlkreis Bern - Süd** erinnert daran, dass die Pensionierungen bisher noch nach altem Recht bei wesentlich besseren Bedingungen gewährt wurden. Erst nach neuem Recht werden sich die Leistungen klar verschlechtern.

**Hans Bangerter, Wahlkreis Seeland** entgegnet, dass den Aktiven die Teuerung (im Gegensatz zu den Pensionierten) ausgerichtet wird. Es ist fatal, dass gemäss BLVKG der Deckungsgrad 100% erreichen muss, bevor eine Angleichung der Pensionen erfolgt.

**Christoph Zürcher** als einziges pensioniertes **Mitglied der VK** erinnert die Delegierten daran, dass dem Antrag aus rechtlichen Gründen (BVG) nicht stattgegeben werden kann. Pensionierte und Aktive sollen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Die heutigen Aktiven tragen schwerer an den Lasten des Debakels, für die Pensionierten spielt es kurzfristig keine grosse Rolle, ob die Teuerung ausgeglichen wird oder nicht. Es darf aber nicht 20 Jahre lang so bleiben. Das Problem muss gelöst werden, vielleicht auch in Zusammenhang mit der Diskussion zur Primatsfrage.

**Die Delegierten lehnen den Antrag mit 9 ja gegen 48 nein ab.**

### **8.3 Antrag Wahlkreis Seeland zur ersatzlosen Streichung Art. 8 Abs. 3 des Vorsorgereglementes**

**Die Delegierten stimmen mit 54 ja gegen 1 nein dem Eintreten zu.**

**Jörg Fritschi, Wahlkreis Seeland:** Der Antrag stammt aus dem Kreis amtierender Lehrkräfte des Seelandes und wurde an der Wahlkreisversammlung einstimmig angenommen. Lehrkräfte, welche ihr Pensum länger als zwei Semester vorübergehend reduzieren, sollten keine Renteneinbusse erleiden. Viele Lehrkräfte haben mindestens jährliche Beschäftigungsprozent - Schwankungen.

**VK - Präsident Hans Rudolf Blatti** macht darauf aufmerksam, dass es Probleme geben wird mit der Befristung. Die Aussagen zur Toleranzregelung und dieser Antrag widersprechen sich.

**Franz Kieliger, Wahlkreis Oberland - Nord** spricht sich für die Beibehaltung der alten, unbefristeten Toleranzregelung aus. Die Pensen der Lehrkräfte schwanken stark (Schülerzahlen) und sind nicht vorausplanbar. Er unterstützt den Antrag dennoch nicht, weil diese „freiwillige Leistung“ von der Kasse wohl nur bei einem Deckungsgrad von 100% erbracht werden dürfte.

**Die Delegierten lehnen den Antrag mit 13 ja gegen 38 nein ab.**

## 9. Geschäftsberichte und Jahresrechnungen 2003 und 2004

**Stefan Wacker, Wahlkreis Oberaargau** stellt den Antrag des Büros der DV vor, die beiden Geschäftsberichte und Rechnungen 2003 und 2004 nicht zu genehmigen. Es darf mit einer Genehmigung jetzt „nicht alles unter einen Tisch gewischt werden“. Es sind keine neuen Erkenntnisse aufgetaucht, nur mehr neue Fragen. Der RR und die VK hätten es wohl gerne, wenn diese zwei Rechnungen genehmigt würden. Es gilt, ein Signal zu setzen und nicht als „brave Lehrpersonen“ einfach zu gehorchen. Die Nichtgenehmigung darf nicht nur mit den Verantwortlichkeitsklagen in Verbindung gebracht werden, es gibt weitere wichtige Aspekte wie die Ausfinanzierung. Die Delegierten haben die Interessen der Versicherten zu vertreten. Die Nichtgenehmigung ist für die DV das einzige Mittel, um den RR als nachfolgende Genehmigungsbehörde dazu zu zwingen, sich mit der BLVK auseinanderzusetzen. Eine Nichtgenehmigung könnte sogar Auswirkungen auf das Projekt FUTURA haben. Kann das alte System nicht erst verlassen werden, wenn es endgültig abgeschlossen ist?

**Urs Senften, Wahlkreis Bern - Nord** schliesst sich der Meinung seines Vorredners vollumfänglich an.

**Genehmigung: Die Delegierten lehnen die Genehmigung der Geschäftsberichte und Jahresrechnungen 2003 und 2004 mit 0 ja gegen 62 nein ab.**

## 10. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2006 Bericht der Kontrollstelle u. des anerkannten Experten für berufliche Vorsorge

Die VK verzichtet auf einen Kurzkomentar.

**Siegfried Merz, Wahlkreis Bern - Stadt** dankt für die von ihm gewünschte separate Auflistung der Verwaltungskosten. Deren Entwicklung ist jedoch in Anbetracht der heute blutenden Versicherten absolut unschön. Er bittet darum, dass in dieser Sache nachgedacht werden soll.

**Urs Senften, Wahlkreis Bern - Nord** stellt der VK die Frage nach der Kurzversion (Faltblatt) zum Geschäftsbericht, welche dieses Jahr nicht versandt wurde.

**Direktor Luzius Heil** antwortet, dass der Druckauftrag dazu bereits erteilt wurde, das Faltblatt zum Geschäftsbericht soll nach der DV versandt werden.

**Kenntnisnahme: Gemäss Art. 30, Abs. 4 des BLVK-Gesetzes nimmt die DV von Jahresbericht und Jahresrechnung 2006 Kenntnis.**

## 11. Verschiedenes, Orientierungen

**Weiterbildungstag:**

**Präsident Jürg Boss** gibt bekannt, dass die Auswertung eine grosse Zufriedenheit ergeben hat. Ein weiterer Kurs wird im Herbst 2007 angeboten.

**Die Delegiertenversammlung 2008 findet am Mittwoch 21. Mai 2008 statt.**



## **Einladungen zu den Wahlkreisversammlungen:**

**Christine Haldimann, Wahlkreis Oberaargau** stört sich daran, dass die Information der aktiven Lehrkräfte betreffend Einladungen zu den Wahlkreisversammlungen schlecht ist. Die BLVK sollte alle Versicherten darauf aufmerksam machen.

**VK - Präsident Hans Rudolf Blatti** nimmt das Anliegen entgegen und verspricht, eine Lösung zu finden. Wenn die Daten frühzeitig bekannt sind, könnte die Einladung zur Wahlkreisversammlung einem „normalen“ Versand beigelegt werden.

## **Projekt FUTURA:**

**Urs Senften, Wahlkreis Bern - Nord** ist enttäuscht über die Vorstellung des Projektes FUTURA. Es war nichts neues zu erfahren über den Primatswechsel. Gehört die Macht nur den Mächtigen? Die Informationen sind vorhanden, der Präsident der VK wurde orientiert, hat aber von RR Gasche einen „Maulkorb“ erhalten und darf nichts sagen. Das ist sehr stossend. An dieser DV hätten Fakten auf den Tisch gelegt werden sollen, nicht nur Termine und ein „verschleiertes“ Informationskonzept. RR Pulver hat in der BZ davon gesprochen, dass nun „in die Zukunft“ geschaut werden solle. Das „Alte“ ist jedoch unsere Zukunft. Urs Senften stört sich an den „Empfehlungen“ des RR. Er will vielmehr rechtzeitige Informationen zum Projekt FUTURA. Die Information und die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme findet ausgerechnet in der Ferienzeit Juli/August statt. Dies lässt die Frage aufkommen, ob da nicht die Absicht dahinter steckt, dass sich die Delegierten und Versicherten als Hauptbetroffene nicht dazu äussern. Die Berufsverbände wurden vor der VK informiert, soll da etwa „ein Pakt geschlossen“ werden?

**Ricco Bergamin, Wahlkreis Bern - Stadt** stört sich daran, dass die DV nur, wenn die Zeit reicht, noch Stellung zum Projekt FUTURA beziehen kann. Nach einer langen Anlaufphase wurde der Zeitplan von FUTURA sowieso nie eingehalten. Nun muss der gesamte Zeitplan hinausgeschoben werden, damit alle Betroffenen wirklich auch Zeit zu einer Stellungnahme bekommen.

**Beat Müller, Wahlkreis Bern - Stadt** ist ebenfalls sehr enttäuscht, Bernhard Kummer hat 20 Minuten über FUTURA gesprochen und nichts gesagt. Er verlangt vor der Veranstaltung vom 20. Juni 2007 schriftliche Unterlagen zum Studium und erwartet an dieser Information Zahlen und Fakten.

**Präsident Jürg Boss** antwortet, dass Bernhard Kummer zuerst keine schriftlichen Unterlagen vor der Orientierungsversammlung abgeben wollte. Jürg Boss hat aber ausdrücklich verlangt, dass dies geschieht. Es wurde versprochen, dass schriftliche Unterlagen ca. 10 Tage vor der Versammlung versandt werden. Das Büro der DV wird anschliessend eine schriftliche Stellungnahme abgeben.

**Max Kull, Wahlkreis Seeland** wünscht Auskunft über den genauen Zeitrahmen der Veranstaltung.

Nach letzten Informationen soll die Versammlung von 17.30 bis 19.30 Uhr dauern.

**Daniel Wildhaber, Wahlkreis Bern - Süd** ist am 20. Juni verhindert und vom Referat von Bernhard Kummer enttäuscht.

**Thierry Porrée, Wahlkreis Jura - bernois** wünscht, dass die Dokumentation zum Projekt FUTURA auch auf französisch übersetzt wird.

**Hans Bangerter, Wahlkreis Seeland** bittet die Delegierten, hellhörig zu werden, wenn es darum geht, Ausfinanzierung und Projekt FUTURA gegeneinander auszuspielen. Die zwei Geschäfte müssen klar getrennt werden. Die Ausfinanzierung muss abgeschlossen sein, bevor FUTURA angegangen wird.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

**Präsident Jürg Boss** dankt den Mitgliedern des Büros - DV, der VK, der Direktion und der gesamten Verwaltung für ihre geschätzte Mitarbeit. Der Dank geht auch an die Delegierten für den Einsatz zum Wohl der Versicherten.

Schluss der Versammlung: 12.05 Uhr.

Namens der Delegiertenversammlung  
der Bernischen Lehrerversicherungskasse

Der Präsident:

Der Sekretär:

Jürg Boss

Markus Schneiter